

RICHARD DAVID PRECHT
HARALD WELZER
Die Vierte Gewalt



GOLDMANN

Buch

Für eine vitale Demokratie ist eine unabhängige Berichterstattung ebenso notwendig wie differenzierte Deutungen der politischen Entwicklungen. Dazu gehört unabdingbar die Vermeidung von Einseitigkeit, der Einbezug internationaler Perspektiven und die Darstellung auch widersprüchlicher Entwicklungen – alles Aspekte, die die Leitmedien zunehmend vermissen lassen. Precht und Welzer zeigen nicht nur, warum viele Medienschaffende hinter den Ansprüchen an ihren Beruf zurückfallen, sondern auch, wie ein Selbstverständnis zurückgewonnen werden kann, das die »Vierte Gewalt« wieder ihre Verantwortung für die Demokratie wahrnehmen lässt.

Autoren

Richard David Precht, geboren 1964, ist Philosoph, Publizist und Autor und einer der profiliertesten Intellektuellen im deutschsprachigen Raum. Er ist Honorarprofessor für Philosophie und Ästhetik an der Hochschule für Musik Hanns Eisler in Berlin. Von 2011 bis 2023 war er zudem Honorarprofessor für Philosophie an der Leuphana Universität Lüneburg. Seit seinem sensationellen Erfolg mit *Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?* waren alle seine Bücher zu philosophischen oder gesellschaftspolitischen Themen große Bestseller und wurden in mehr als 40 Sprachen übersetzt. Seit 2012 moderiert er die Philosophie-sendung *Precht* im ZDF und diskutiert zusammen mit Markus Lanz im Nr.1-Podcast *Lanz & Precht* im wöchentlichen Rhythmus gesellschaftliche, politische und philosophische Entwicklungen.

Harald Welzer, geboren 1958, ist Soziologe und Sozialpsychologe und engagiert sich auf vielfältige Weise für eine bessere und offene Gesellschaft, für Nachhaltigkeit und Demokratie. Er ist Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit und Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg. Daneben lehrt er an der Universität St. Gallen und an der ETH Zürich. In den Fischer Verlagen sind von ihm u. a. erschienen: *Selbst denken* (2013), *Die smarte Diktatur. Ein Angriff auf unsere Freiheit* (2016), *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen* (2019), *Nachruf auf mich selbst.* (2021) und *Zeitenende. Politik ohne Leitbild. Gesellschaft in Gefahr* (2023). Seine Bücher sind in 21 Ländern erschienen.

Informationen zu weiteren lieferbaren Titeln von Richard David Precht bei Goldmann finden Sie am Ende des Buches.

Richard David Precht
Harald Welzer

DIE VIERTE GEWALT

Wie Mehrheitsmeinung
gemacht wird,
auch wenn sie keine ist.

GOLDMANN

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe April 2024

Copyright © 2022 der Originalausgabe:

S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Copyright © 2024 dieser Ausgabe: Wilhelm Goldmann Verlag, München,

in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlag: UNO Werbeagentur, München,

in Anlehnung an die Umschlaggestaltung der Originalausgabe

(Werner Marschall | LINIENLAND)

Satz: GGP Media GmbH, Pößneck

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

KF · CH

ISBN 978-3-442-14292-7

www.goldmann-verlag.de

Inhalt

Inhalt 5

Einleitung 7

Der Krieg 21

Ungleiche Meinungen über das Gleiche

Eine kleine Geschichte der Öffentlichkeit 46

Eine Frage des Systemvertrauens

Die Repräsentationslücke 72

The Unmarked Space

Was Leitmedien nicht thematisieren 98

Gala-Publizistik

*Politischer Journalismus ist Journalismus über Politiker,
weniger über Politik* 117

Auf den Cursor kommt es an!

Warum Dabeisein wichtiger ist als Unabhängigkeit 137

Kapieren kommt von Kopieren

Wie der Cursor-Journalismus seine Breitenwirkung entfaltet 157

Die große Ansteckung

Wie es kam, dass die Leitmedien so erregt wurden 177

Verzweseitigung

Wie Leitmedien durch die Direktmedien an Qualität verlieren 196

Erregungsökonomie

Der Verlust des Kontextes 214

Vertrauen herstellen

In welche Richtung der neue Kurs der Leitmedien gehen könnte 244

Anmerkungen 264

Danksagung 286

Einleitung

Deutschland, eines der freiesten Länder der Welt, hat ein Problem mit der gefühlten Meinungsfreiheit. In einer Allensbach-Umfrage im Juni 2021 meinten 44 Prozent der Befragten, man könne seine Meinung nicht frei äußern – der höchste Wert, der seit Beginn der Umfrageserie 1953 je gemessen wurde.¹ Zehn Jahre zuvor waren nur 26 Prozent dieser Auffassung.

Selbstverständlich ist die Zahl von 44 Prozent Zweiflern kein Beleg dafür, dass man in Deutschland tatsächlich nicht frei seine Meinung sagen darf. Doch 44 Prozent der Deutschen, die an der Meinungsfreiheit zweifeln, sind dennoch kein Pappentier. Ganz offensichtlich handelt es sich hierbei nicht um eine kleine Minderheit und um die vernachlässigbare Sicht radikalisierte Außenseiter. Vielmehr ist es ein hochdramatischer Befund im Hinblick auf das Demokratievertrauen in unserem Land.

Deutschland, das Land der Qualitätspresse und eines im internationalen Vergleich vorbildlichen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hat auch ein Problem mit dem Vertrauen in seine Leitmedien.² Von über 4000 im Jahr 2022 von RTL/ntv repräsentativ befragten Bürgerinnen und Bürgern gaben nur noch 46 Prozent an, sie hätten »Vertrauen in die Presse«. 55 Prozent vertrauen dem Radio und gerade einmal 32 Prozent dem Fernsehen. Alle Werte sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.³

Dieses Meinungsbild ist kein Einzelfall. Nach einer FORSA-Umfrage von 2022 sagen 43 Prozent der Befragten, der Journalismus sei in den letzten Jahren schlechter geworden.⁴ Schon 2015 verzeichnete eine Umfrage von Infratest/Dimap im Auftrag des WDR 42 Prozent Befragte, die deutsche Medien für »nicht glaubwürdig« halten. Ein Drittel sprach von einem in den letzten Jahren gesunkenen Medienvertrauen. 42 Prozent der Befragten meinen, dass es aus der Politik Vorgaben für die Berichterstattung gebe. Und ein Fünftel der Befragten hält sogar den berüchtigten »Lügenpresse«-Vorwurf für berechtigt.⁵

Besorgniserregend ist auch, dass das Vertrauen bei der intensivsten Nutzergruppe der Direktmedien, nämlich den Jugendlichen, einer Studie der Universität Bielefeld zufolge äußerst gering ist: 75,8 Prozent misstrauen den Zeitungen, 71,6 Prozent den Journalistinnen und Journalisten. 37,9 Prozent glauben, dass die Medien absichtlich wichtige Informationen zurückhalten, 32,8 Prozent, dass sie nur ihre eigene Meinung verbreiten.⁶ Dazu ist es inzwischen ein fester Topos in der öffentlichen Meinung, dass man besagte Meinung »nicht mehr sagen« dürfe. In einer (nicht repräsentativen) Erhebung des MDR mit immerhin 27 000 Befragten sind 78 Prozent der Auffassung, dass man »bei manchen Themen vorsichtig sein müsse, wie man sich äußert«, 48 Prozent haben zudem »Angst, die eigene Meinung zu äußern«, 59 Prozent halten den »Zustand der Meinungsfreiheit« für schlecht.⁷

Solche Zahlen sind alarmierend. Was ist in Deutschland geschehen, dass das Medienvertrauen nur noch so schwach ausgeprägt ist? Wir wagen in dieser Frage eine Hypothese:

Die Migrationskrise, die Corona-Pandemie und zuletzt der Ukraine-Krieg haben die Rolle, die Funktionsweise und das Selbstverständnis der Leitmedien deutlich verändert. Die »Vierte Gewalt« begnügt sich spätestens seit diesen Geschehnissen nicht mehr mit einer umsichtigen Kontrollfunktion des politischen Journalismus. Die Politik, so scheint es, soll von den Leitmedien nicht schlichtweg *kontrolliert*, nein, sie soll oft genug mit Macht zu Entscheidungen *getrieben* werden! Nichtgewählte Journalisten wollen der Politik nicht nur auf die Finger schauen, sondern sie wollen sie *machen*. Und das Erstaunliche daran ist, es gelingt ihnen ziemlich gut! Wie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gut dokumentiert, ist der Einfluss der Medien auf die Politik in den letzten drei Jahrzehnten kontinuierlich,⁸ zuletzt sogar enorm gestiegen, bezahlt allerdings mit dem genannten Preis: dem dramatischen Vertrauensverlust der Bürger in die veröffentlichte Meinung. Denn je einflussreicher die Leitmedien wurden und werden, umso misstrauischer werden ihre Konsumentinnen und Konsumenten.

Doch das Problem ist noch größer. Politik- und Medienwissenschaftler diagnostizieren schon lange die unheilvolle Tendenz, dass die Demokratie, wie wir sie kannten, sich in eine »Mediokratie« transformiert.⁹ Das Mediensystem kolonialisiert in dieser Sicht das politische System und lässt es zunehmend nach den gleichen Spielregeln des Aufmerksamkeitskampfes funktionieren. Massenmedial gehetzte und getriebene Politiker, die zudem jede Äußerung, ja, jeden Gesichtsausdruck durch vorauseilende Selbstzensur überprüfen müssen,

um nicht skandalisiert zu werden, dürften kaum die notwendige Gelassenheit haben, um eine weitsichtige und vernunftgeleitete Politik zu verfolgen. Und der öffentliche Raum als Ort unausgesetzter Sensationierung und Skandalisierung lässt wenig Platz für Glaubwürdigkeit, Sachverstand, Bürgernähe und Tatkraft – ebenjene Eigenschaften, die Bürger an Politikern gemeinhin am meisten schätzen.¹⁰ Der wachsende Einfluss der Medien verändert also nicht nur ihre Macht, sondern er verändert zugleich auch die Politik.

Über die letzten fünfzehn Jahre wurde die Gefährdung der demokratischen Öffentlichkeit fast ausnahmslos den neu entstandenen Direktmedien¹¹ angelastet. *Twitter*, *TikTok* und *Telegram*, dazu die ungezählten Kanäle demokratiefeindlicher Influencer galten als der Quell der Desinformation und gesellschaftlicher Manipulation. Natürlich sind einseitige Berichterstattung, Manipulation und Diffamierung aber keineswegs ein originäres Produkt der Direktmedien – auch Blätter wie die *Bild*-Zeitung haben da Traditionen, und die algorithmische Bevorzugung von Skandal- und Klamaukfähigem hat ihre Vorläufer im Boulevard. Aber durch die Direktmedien ist die Zahl von Skandalthemen größer und die Hemmschwellen sind niedriger geworden. So wird die Kultur der Assholery nicht mehr nur in den digitalen Kanälen der Dauererregten gepflegt – ihr Ungeist ist längst aus den Direktmedien entwichen und zuhauf in jene Leitmedien eingewandert, die bislang für sich in Anspruch nehmen, für Qualität zu stehen.

Das aktuelle Beispiel des Ukraine-Krieges liefert hier erschreckende Belege. Die nahezu geschlossen einseitige Posi-

tionierung der Kommentare, Leitartikel und Kolumnen meiningführender Publizisten in den deutschen Leitmedien, die Lieferung schwerer Waffen an die von Russland überfallene Ukraine nicht nur gutzuheißen, sondern vom Bundeskanzler nachdrücklich zu fordern, ist ein demokratisch höchst bedenkliches Phänomen. Denn die Geschlossenheit geschieht auf Kosten des Pluralismus und der Rückbindung an eine Leser- und Zuschauerschaft, die diese Geschlossenheit nicht zeigt. Erschreckender noch sind das moralistische Hyperventilieren und der Hang zur Diffamierung Andersdenkender – gefährliche Übernahmen aus der Unkultur der Kommunikationsformen in den Direktmedien, für die Deutschlands Qualitätspresse zuvor gerade nicht bekannt war.

Das frappierend einheitliche Meinungsbild in einer so schwierigen, komplexen und hochkontroversen Frage wie jener der Waffenlieferungen an die Ukraine zeitigt eine gefährliche Folge. So leicht und zu oft drängt sich vielen Beobachtern der völlig falsche Eindruck auf, die Leitmedien in Deutschland seien von der Regierung oder »dem Staat« manipuliert. Man denkt an Länder wie Russland, China, die Türkei oder die arabische Welt, wo eine solche krasse Abweichung der veröffentlichten Meinung von der öffentlichen tatsächlich von Staats wegen verursacht ist. Wie leicht lässt sich die Inkongruenz von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, wie Deutschland sie derzeit erlebt, deshalb missverstehen – eben als Machenschaft und Manipulation?

Tatsächlich hat sie mit einer gelenkten Manipulation überhaupt *nichts* zu tun. Bei uns geht sie, anders als in der Türkei,

in Russland, in China und in der arabischen Welt *nicht* unmittelbar vom Staat aus, sondern – und das ist erstaunlich – *von den Leitmedien selbst!* Die Leitmedien in Deutschland sind *keine* Vollzugsorgane staatlicher Meinungsmache. Aber sie sind die Vollzugsorgane ihrer eigenen Meinungsmache, mit – zumindest in Krisenzeiten und solchen, die als diese empfunden werden – sich verstärkendem Hang zum Polarisierenden, Simplifizierenden, Moralisierenden, Autoritären und Diffamierenden. Und sie bilden ihre ganz eigenen Echokammern einer Szene, die stets darauf blickt, was die oder der jeweils andere gerade sagt oder schreibt, ängstlich darauf bedacht, davon nicht abzuweichen. Genau damit aber nähren die – nennen wir sie: amtierenden – Medien bedauerlicherweise viele unbegründete Verdächtigungen, die das Ihre dafür tun, die Sphäre der Öffentlichkeit zu zerstören, indem sie kollektive Zweifel daran befördern, dass unsere Leitmedien »frei« sind und die Meinungsfreiheit garantieren.

Dass unsere Demokratie nicht durch Willkür und Macht »von oben«, sondern aus der Sphäre der Öffentlichkeit selbst unterspült wird, ist ein vermutlich beispielloser Vorgang. Demokratietheoretisch ist er bislang nicht vorgesehen. Wie kann eine liberale Demokratie mit pluraler Medienlandschaft sich selbst gefährden? Aus dieser Frage entspringen viele weitere: Wie ist es in Deutschland, dem Land einer lange vorbildlichen Qualitätspresse und eines im internationalen Vergleich ebenso vorbildlichen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dazu gekommen, dass sich die leitmediale Kommunikation so stark verändert hat? Wie konnte und kann, wo die politische Freiheit

fast kontinuierlich gestiegen ist, die Medienlandschaft durch eine verstörende Eigengesetzlichkeit unfreier werden? Und was bildet das veröffentlichte Meinungsbild ab, wenn es mit dem öffentlichen so wenig übereinstimmt?

Ohne Zweifel ist es nicht die Aufgabe von Journalisten und Redakteurinnen, stets minutiös und adäquat widerzuspiegeln, was die Bevölkerung gerade denkt. Im Gegenteil: Sie soll ihren professionellen Vorsprung an recherchiertem Wissen und gesicherter Information an die Bürgerinnen und Bürger weitergeben, damit diese angemessen an den öffentlichen Angelegenheiten teilhaben können. Gleichwohl setzt ihr öffentlich-rechtlicher und auch selbstgestellter Anspruch auf Wahrheitstreue und Pluralität der ungehemmt einseitigen Meinungsfreude Grenzen. So unabhängig von den Voraussetzungen, die der freiheitliche Staat ihnen garantiert, dürfen sie nicht sein. Und eine etablierte Medienlandschaft, die in wichtigen gesellschaftlichen Fragen in Kauf nimmt, sich weit von einem erheblichen Teil ihrer Zuschauer, Zuhörerinnen und Leser zu entfernen, ist ein Problem für eine Demokratie. Denn eine durch wechselseitige Bestätigung suggerierte Mehrheitsmeinung, die de facto gar keine sein muss, trennt die Sphäre der veröffentlichten Meinung zu stark von der öffentlichen. Genau das ist es, was wir im Untertitel dieses Buches herausstellen.

Die demokratiefremde »Entschlossenheit« und »Geschlossenheit« der amtierenden Medien zum Ukraine-Krieg ist nur das jüngste Beispiel für einen falsch verstandenen professionellen Auftrag – schon zuvor zeigten sich viele Leitmedien

im Stresstest von Kosovo- und Irak-Krieg, von Finanz- über Migrations- bis Corona-Krise nicht eben vorbildlich differenziert.

Das gilt für ihre *Informationsfunktion*, die oft genug nicht von implizit transportierten Meinungen zu trennen ist, was schon in der Auswahl von Themen liegt, über die und über die *nicht* berichtet wird. Es gilt aber auch für die für unsere Leitmedien elementare *Integrationsfunktion*. Zeitungen und Rundfunk haben die Aufgabe, die in »vielfältige Interessen differenzierte Gesellschaft« abzubilden.¹² Doch kann hiervon mehrheitlich die Rede sein? Obsiegt nicht der Anspruch, die Politik zu bestimmten Entscheidungen zu treiben – Entscheidungen, die oft Wochen später gleich wieder attackiert oder skandalisiert wurden? Die Öffentlichkeit, unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, verkam und verkommt so in weiten Teilen zur Bühne permanenter Empörung.

Solche Asymmetrien, Macht- und Bedeutungsverschiebungen im großen gesellschaftlichen Debattenraum sind für die Frage nach der Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft entscheidend. Sie sind kein ästhetisches oder rein ökonomisches Phänomen, sondern sie gehen an die Substanz der offenen Gesellschaft, sind existenziell. Denn ohne eine gut funktionierende, lebendige und prinzipiell anschlussfähige Öffentlichkeit sind liberale Demokratien weder liberal noch demokratisch. Und der hohe Anspruch an die freiheitliche Demokratie geht historisch wie systematisch mit einem hohen Anspruch an die Qualität ihrer Öffentlichkeit einher. Doch genau diese Qualität ist heute in der Breite in Frage gestellt.

Wohin die Entwicklung führen kann, zeigt verstörend ein Blick in die USA. Die mediale Landschaft ist dort mit der hiesigen aufgrund der fast vollständigen Privatisierung der Medien und der schon lange erfolgten Zerstörung einer auch in den ländlichen Räumen vitalen Presselandschaft nicht direkt vergleichbar.¹³ Aber das Beispiel USA zeigt, wie eine einstmals stabile Demokratie von innen heraus erodieren kann, wenn nicht strikt darauf geachtet wird, dass explizite Regeln und implizite Normen des demokratischen Rechtsstaats geschützt und bewahrt werden. Der Wahlkampf, der schließlich zum Sieg Donald Trumps führte, war schon stark von Kampagnen auf *Facebook*, *Instagram* und *Twitter* geprägt, die zu einer bis dato unbekanntenen Polarisierung führten. Seine dann von Wirrnissen und Unruhen, aber auch von unablässigem Twitern gekennzeichnete Präsidentschaft war kein Unfall, sondern zeigt die Symptomatik einer zersplitternden Gesellschaft. Der Kitt, der westliche Gesellschaften zusammenhält, bröckelt. Und der gesellschaftliche Zerfall, der in den USA offensichtlich und in Frankreich wie in England bereits im Gange ist, mag in Deutschland noch immer in weiter Ferne liegen; am Horizont aber gewinnt er auch hier an Kontur.

Vorbereitet und verstärkt wurde der Ausblick auf die gesellschaftliche Erosion in den USA nicht nur durch soziale Konflikte um Arbeitsplätze, Güterverteilung und Identitäten. Er geht ebenso einher mit einer massiven Veränderung der Leitmedien. Die Landschaft der Qualitätszeitungen in den Vereinigten Staaten zählt mehr Krater als unversehrtes Terrain, *Fox News* und andere vulgärpopulistische Fernsehsender hei-

zen die Stimmung an, die sozialen Medien mit ihren Echo-kammern fragmentieren die Öffentlichkeit in voneinander isolierte Atolle. Bekanntermaßen bildet die Empörungskultur der Medien jene in der Bevölkerung nicht schlichtweg ab, sondern erzeugt sie mit. Diese Entwicklung ist keine Kleinigkeit. Wenn der Kampf um Aufmerksamkeit, Marktanteile und Deutungshoheiten mit immer aggressiveren Mitteln geführt wird, kann von einer funktionierenden Öffentlichkeit nicht mehr die Rede sein.

Parallel zur anschwellenden Erregungskultur sinken inter-esseranterweise die Auflagen der Tageszeitungen und Magazine auch in Deutschland kontinuierlich ab – von einstmalig 27,3 Millionen täglich (1991) auf heute 10,9 Millionen (2023). Die Auflagen von Publikumszeitschriften sind 2023 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10 Prozent zurückgegangen, bei den Wochenzeitungen sieht es etwas besser aus – nach starken zwischenzeitlichen Rückgängen liegen sie heute auf dem Niveau von 2021. Allerdings sind bei allen Formaten die Werbeeinnahmen dramatisch gesunken, so dass die Suche nach erfolgreichen Geschäftsmodellen – wie etwa die RTLisierung einstmalig wichtiger und traditionsreicher Medienhäuser wie Gruner & Jahr zeigt – weitergeht.

Inszenierte Empörung, millionenfach multipliziert, ist der wohl wirksamste Treiber für den Zerfall der Gesellschaft. Die Sensationierung der Öffentlichkeit geht der Sensationierung der Gemüter voraus. Die zur Regel gewordene Maßlosigkeit des Urteils zerstört das gesellschaftliche Maß. Und das permanent überdimensionierte Urteil untergräbt das Urteilsvermö-

gen. »Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert«, sagt die Gräfin Orsina in Lessings *Emilia Galotti*, »der hat keinen zu verlieren.« Wer über *alles* den Verstand verliert, allerdings auch nicht!

Aus solcher Sorge um die Qualität der Öffentlichkeit haben wir dieses Buch geschrieben. Und als wollte man unsere Thesen vorauseilend bestätigen, ohne sie überhaupt kennen zu können, ging die hyperventilierende Kritik an diesem Buch und an unseren Personen sofort los, als nur die Verlagsankündigung erschien – da wusste nicht nur die *Twitter*-Community sofort, dass das alles Mist ist, sondern auch Armin Wolf vom ORF oder die Chefreporterin des Hauptstadtbüros von *t-online* oder Joachim Huber vom Berliner *Tagesspiegel*. Früher hat man wenigstens noch so getan, als habe man gelesen, was man kritisiert, heute scheint selbst das So-Tun nicht mehr nötig. Aus nostalgischer Erinnerung sei dazu nur erwähnt: Doof sein galt früher nicht als Tugend.

Dabei werden viele unserer Analysen unter Politik-, Kommunikations- und Medienwissenschaftlern kaum als Neuigkeit gelten – hier wird der oft frappierende »Hang zur Homogenisierung des journalistischen Informierens, Urteilens und Meinens«¹⁴ schon lange herausgearbeitet und geteilt. Wirkungsvoll jenseits von Fachdiskussionen aber wird diese Erkenntnis vielleicht dann werden, wenn die Kritik von Autoren kommt, die selbst vielfach in den Leitmedien präsent sind – sogar gelegentlich, worüber wir sprechen werden, Teil des Problems gewesen sind.

Dabei versteht sich von selbst, dass, wenn wir von *den* Leit-

medien oder den amtierenden Medien sprechen, wir nicht alle daran Beteiligten meinen. Angesprochen bei den von uns aufgezeigten Tendenzen ist nur, wer sich bei realistischer Selbstbetrachtung angesprochen fühlen muss, nicht aber all die guten Journalistinnen, Redakteure und Blattmacher, die, wie wir aus lebhaften Debatten, ungezählten Gesprächen und persönlichen Freundschaften wissen, unsere Sorge nicht nur verstehen, sondern auch teilen. Und selbstverständlich sehen wir, dass das Wegbrechen der Anzeigeneinnahmen und die gravierenden wirtschaftlichen Veränderungen in der Medienlandschaft dazu geführt haben, dass sich die Kräfteverhältnisse weg von den Redaktionen hin zu den kaufmännischen Abteilungen verlagert haben, was die Arbeit der einzelnen Journalistinnen und Journalisten nicht einfacher gemacht hat.

Gleichwohl hat es uns und viele Leserinnen und Leser doch irritiert, welche Abwehrreaktionen von Seiten der Medienschaffenden die Aussagen in diesem Buch bei seinem ersten Erscheinen 2022 hervorgerufen haben. »Nichts gibt den Autoren dieses Buches über Medien so recht, wie die Reaktion der Medien darauf.« So fasste der Filmjournalist Rüdiger Suchsland im Oktober 2022 die teilweise hysterischen Reaktionen aus der Medienwelt in einer nicht unkritischen Besprechung unseres Buches zusammen.¹⁵

In der Tat: Von den mehr als zweihundert Thematisierungen der »Vierten Gewalt« in den Printmedien, aber auch in Rundfunk und Fernsehen, waren nur ungefähr fünf Prozent positiv. Die überwältigende Mehrheit fand das Buch, das Sie jetzt in Händen halten, kenntnislos, fehlerhaft, aus dem durch-

sichtigen Interesse geschrieben, viel Geld zu verdienen. Seine Autoren seien »Medienclowns«, säßen schwadronierend in allen Talkshows, hätten aber keine Ahnung, wie differenziert es in den Redaktionen zugehe und wie ungeheuer sorgfältig der deutsche Journalismus arbeite.

Die weitgehend einheitliche und alles andere als souveräne Reaktion spricht eine deutliche Sprache: Das Buch tat dem Betrieb offensichtlich sehr weh. Vorausahnend hatten wir in der Einleitung der Hardcover-Ausgabe geschrieben, dass wir starken Gegenwind erwarten würden. Jede Kritik an den Medien müsse ja durch diese hindurch. Und doch war die Aggressivität der von unserer Kritik Betroffenen, artikuliert auch in persönlichen Angriffen gegen die Autoren, in ihrer Radikalität überraschend. So wurde die mediale Reaktion allseits sichtbar zu einem starken Beleg dafür, wie tiefgehend die Probleme im etablierten Mediensystem tatsächlich sind. Die Leitmedien, die unausgesetzt die Politik und Gesellschaft kritisch interpretieren, verwahren sich ihrerseits gegen jede kritische Interpretation ihres Tuns. So wird Medienkritik zu einem Machtkampf um die Deutungshoheit. Darf es öffentliche Intellektuelle geben, die übergreifende Entwicklungen und Tendenzen in den Leitmedien kritisieren, oder sind diese selbst die letzte Instanz ihres eigenen Tuns, so dass allenfalls Journalisten ihresgleichen kritisieren dürfen?

Dass das von vielen Journalisten so gesehen wird, zeigt ihre Reaktion auf unser Buch überdeutlich. Und die journalistische Auseinandersetzung mit Kritik ist mit dem Begriff »ungeübt« sehr wohlmeinend beschrieben. Dass das Buch zugleich sehr